

*Herr Scheytt, wird ein Kulturpolitiker immer erst dann richtig wahrgenommen, wenn er kürzen muss?*

Wenn er es schafft wie Herr Neumann, mehr Geld zu besorgen, ist er erst mal das liebe Kind des Feuilletons. Ob das Geld dann richtig ausgegeben wird, wird dann manchmal weniger gefragt. Das ist ja auch so beim Humboldt-Forum und bei der Gemäldegalerie – erst kommt die Idee, dann das Geld, dann wird gebaut, und erst danach kommt das Konzept. Wie die Politik mit der Kultur umgeht, hat sehr viel damit zu tun, ob Geld da ist. Und sobald es da ist, ist es einfacher.

*Der amtierende Kulturstaatsminister Bernd Neumann ist dafür bekannt, Geld zu verteilen und sich ansonsten eher zurückzuhalten. Würden Sie das anders machen?*

Das Amt ist 1998 eingeführt worden, um das, was der Bund in der Kulturpolitik macht, sichtbarer werden zu lassen. Der erste Kulturstaatsminister Michael Naumann hat gesagt: Wir brauchen eine Debatte darüber in Deutschland, welche Relevanz Kunst und Kultur für unsere Gesellschaft haben. Diese Debatte liegt mir sehr am Herzen.

*Sie wollen zum Stil von Michael Naumann zurück?*

Michael Naumann kam nicht wie ich aus der Praxis der kommunalen Kulturarbeit. Ich möchte den sogenannten kooperativen Kulturföderalismus vorantreiben und bewusstmachen: Die kulturelle Infrastruktur wird von den Kommunen und den Ländern finanziert, sie haben die Verantwortung. Da würde ich ansetzen. In meiner Heimatstadt Essen gibt es das Aalto-Musiktheater und den Zollverein, der ein Symbol für 5,3 Millionen Menschen im Ruhrgebiet ist, aber beide bekommen keine Bundesförderung.

*Als Kulturstaatsminister können Sie aber kein einziges kulturpolitisches Problem in den Ländern lösen. Wo immer ein Theater oder Museum gefährdet ist, sind dem Bund seit der Föderalismusreform von 2006 die Hände gebunden.*

Ich würde dafür sorgen, dass aus dem Blaubuch Ost, das national bedeutsame Kultureinrichtungen in Ostdeutschland verzeichnet, ein Blaubuch Deutschland wird. Warum wird etwa das Tanztheater Pina Bausch in Wuppertal nicht vom Bund gefördert – eines der wichtigsten Zeugnisse moderner Kunst überhaupt, ein deutscher Exportartikel! Die Festspiele in Bayreuth bekommen 2,3 Millionen Euro vom Bund. Ich finde: Pina Bausch steht genauso für Deutschland. Und ist vielleicht ein viel toller Botschafter.

*Aber der Bund kann nun mal keine Theater oder Opernhäuser fördern, sondern nur Sonderveranstaltungen, Projekte oder Festivals wie eben Bayreuth. Wollen Sie das Grundgesetz ändern?*

Ich will meine Arbeitsweise verdeutlichen: Es kann nicht darum gehen, dass ein Staatsminister in jedem kleinen Nest als Feuerwehr auftritt – so viele Feuerspritzen kann man gar nicht haben –, sondern dass er ein Bewusstsein für das Ganze schafft und sich als Brandstifter einer intensiven und kontinuierlichen kulturpolitischen Debatte versteht. Und zum Beispiel ein Konzept erstellt, wie wir die Weltkulturerbe-Stätten in Zukunft fördern wollen. Bislang hat der Bund ein Konzept nur für die Gedenkstätten erarbeitet. Generell geht es darum, wie wir die Kommunen und Länder als Hauptträger mobilisieren.

*Sie sprechen oft vom Ruhrgebiet. Sie sind Standortpolitiker?*

Nein. Ich habe allerdings im Ruhrgebiet leibhaftig erfahren, wie wenig der Bund sich um diesen größten Ballungsraum Deutschlands kümmert. Berlin ist unser Schaufenster für die Welt. Doch auch ein Romantikmuseum in Frankfurt zum Beispiel stünde für eine deutsche und europäische Epoche, die Amerika und Asien so nicht erlebt haben. Ich fände es richtig, dass sich der Bund außerhalb Berlins stärker engagiert.

*Haben wir Sie da richtig verstanden: Ihr Hebel, um aus regionalen Kulturinstitutionen nationale Anliegen zu machen, wäre ein Konzept zum Weltkulturerbe?*

Mein Zauberwort heißt konzeptgestützte Kulturarbeit. Man muss zusammenstellen, was man hat, überlegen, welche Ziele man verfolgt, und dann mit den beteiligten Partner erarbeiten, wer welche Rolle übernimmt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat gerade ein Gutachten in Auftrag gegeben, um zu erfahren, wie der Bund die Musikförderung behandelt. Es gibt da zwar viele einzelne Bausteine wie die Rundfunkorchester, den Deutschen Musikrat, das Netzwerk Neue Musik – aber leider kein tragfähiges Konzept mit Zielen, Kriterien und Planungen.

*Noch einmal, planen Sie eine Reform der Föderalismusreform?*

Das Erste, was die SPD machen würde, wäre, das Kooperationsverbot zu lockern, das verhindert, dass der Bund auch Bildung fördern kann. Im Investitionsprogramm von Peer Steinbrück sind zwanzig Milliarden für Bildung vorgesehen, davon wollen wir einen deutlichen Teil auch für kulturelle Bildung ausgeben.

*Sie wollen das Grundgesetz ändern.*

Ja. Ich hätte vor zwanzig Jahren nicht zu träumen gewagt, dass der Bund einmal 230 Millionen Euro für kulturelle Bildung ausgeben würde, wie das Frau Schavan in ihren letzten Tagen im Amt als Bildungsministerin gemacht hat. Aber der Bund hat das Geld den Verbänden gegeben, der Verband deutscher Musikschulen hat zum Beispiel zwanzig Millionen Euro bekommen, der Bühnenverein fünfzehn, weil man das Geld ja nicht direkt an die Länder und Kommunen geben darf. Und wer exekutiert das? Die Agentur für Luft- und

Im Gespräch: Der Kulturpolitiker Oliver Scheytt

# Man muss ein Brandstifter sein

Oliver Scheytt, ehemaliger Geschäftsführer der europäischen Kulturhauptstadt Ruhr 2010, ist im Team des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Kunst und Kultur zuständig. Ein Gespräch mit dem fünfundfünfzigjährigen Essener über Pina Bausch und Günter Grass, den richtigen Plan für das Berliner Stadtschloss und den falschen für das Freihandelsabkommen – und über seine Lehren aus den Tiefen der bundesrepublikanischen Kommunalpolitik



Unser Freund Amerika? Wenn es um die europäische Kultur geht, wird Oliver Scheytt zum Protektionisten.

Foto Jens Gyarmaty

Raumfahrt! Da sieht man, in welchen Strukturen jetzt operiert wird.

*Wenn Sie das ändern wollen, werden die Länder Ihnen vorwerfen, zentralistische Strukturen zu schaffen.*

Beim Projekt „Schulen ans Netz“ sind Milliarden geflossen, um Schulen flächendeckend mit Computern und Netzzugang auszustatten. Warum soll es für die kulturelle Bildung nicht auch möglich sein, Räume zu schaffen, in denen man Musik machen kann, tanzen, singen, malen?

*Kommen Sie eigentlich selbst im Augenblick noch zum Klavierspielen?*

Wenig. Anfang des Jahres hatte ich noch einen Auftritt in einer Pianobar, das ist mein Hobby, und im vergangenen Jahr habe ich mit einem meiner Freunde, dem Gitarristen Rafael Cortés, ein kleines Programm erarbeitet, wir haben zum Beispiel „Für Elise“ als Flamenco musiziert.

*Sie sind südamerikanisch veranlagt.*

Ich hab ja klassisches Klavier studiert, aber bei den anderen Genres hört man die Fehler nicht gleich so (*lacht*). Wenn ich jetzt Jazz spiele, dann ist die Verzögerung manchmal das, was den Reiz ausmacht.

*Den jetzigen Kulturstaatsminister verbindet man vor allem mit Kino. Sie würden den Akzent auf Musik setzen?*

Tanz, Musik, Jazz, das waren immer meine Leidenschaften. Aber jeder Kulturpolitiker sollte sich relativieren – ich behaupte nicht zu wissen, was ein Migrantenkind mit sechzehn Jahren für ein Kunstverständnis hat. Das muss man sich Leute dazuholen, die dafür ein Gespür haben. Kulturpolitik ist auf die nächsten zehn, zwanzig Jahre hin anzulegen. Das

ist ja das Spannende an der Humboldt-Agora in Berlin. Sich zu fragen: Was wollen wir denn in zehn, zwanzig Jahren eigentlich sehen? Wie hat sich bis dahin unsere Welt entwickelt? Darüber müssen wir noch viel intensiver nachdenken.

*Ist es nicht frustrierend, wie sich der Spaß am Klavierspiel in Zahlen und Konzeptpapiere verwandelt, sobald es darum geht, Klavierunterricht für alle möglich zu machen?*

Hermann Glaser hat einmal gesagt: Siphos muss man sich als glücklichen Menschen vorstellen, dann kann man gute Kulturpolitik betreiben. Ein Staatsminister kann nicht anordnen: Ihr müsst jetzt alle sofort Gesetze machen, zum Beispiel für Bibliotheken. Aber er könnte initiieren, dass die Kultusministerkonferenz auf Dauer auch eine Plattform für Kulturdebatten wird. Dort besprechen die Ministerinnen und Minister überwiegend Lehrpläne für die Schulen. Das reicht aber eben nicht. Wir brauchen einen gesamtdeutschen Dialog über Geschichtskultur, Kunstförderung und kulturelle Bildung.

*Und dieser Dialog soll vom Kulturstaatsminister angeführt werden?*

Der muss dabei eine entscheidende Rolle spielen, zusammen mit den Ländern, den Kommunen und dem Städtetag.

*Schlagen Sie da vor, eine neue Institution zu schaffen, die die Kultusministerkonferenz umgeht?*

Die richtige Struktur für wirkungsvolle Verabredungen wird sich sicher finden lassen. Ich sage nur: So, wie es jetzt ist, ist es nicht optimal.

*Wie hätten Sie eigentlich als Kulturstaatsminister beim Berliner Museums-*

trieb. Man muss sich fragen: Welche Ziele soll eigentlich eine Kulturimmobilie, ein Stadtschloss, ein Theater, ein Museum, eine Elbphilharmonie verfolgen? Ein Gebäude hat einen Identitätswert und einen Symbolwert. Ich sehe ein Schloss, gehe hinein, und was erlebe ich da? Passt das zu dem, was ich erwarte? Als mir vor drei Jahren die Pläne für die sogenannte Agora von den Bauverantwortlichen vorgestellt wurden, habe ich viele freie Räume und Flächen gesehen, und mir wurde erläutert, dass man dort Filme zeigen oder Konzerte veranstalten will. Was hat das aber mit dem Gebäude zu tun? Das hätte doch keinen Symbolwert mehr. Insofern war ich da schon sehr skeptisch, und diese Skepsis ist geblieben.

*Bernd Neumann wollte angeblich in erster Linie das Schloss und dann das Humboldt-Forum. Ist es bei Ihnen umgekehrt?*

Ja, es ist reizvoll, das Alte durch Zeitgenössisches zu brechen. Doch ich glaube, dass man noch mehr diskutieren muss, für wen das Haus eigentlich da sein soll.

*Aber statt zu überlegen, wie man die Schätze so präsentiert, dass es den Besuchern gefällt, verschanzt man sich hinter Begriffen. Warum spielt das Publikum eine so geringe Rolle bei den Planungen?*

Zum einen will sich natürlich jeder Politiker erst mal absichern. Man wird zudem in der Öffentlichkeit regelrecht zerpfückt, wenn man mit seinen Vorschlägen nicht eine bestimmte intellektuelle Höhe erreicht. Neulich war ich im Dokumentationszentrum auf dem Nürnberger Reichsparteitagsgelände. Das ist eine der besten Aufbereitungen von Geschichte, die ich bisher erlebt habe. 2001 ist es nach jahrzehntelanger Vorarbeit eingerichtet worden, mit einundzwanzig Millionen Mark. Sie haben mit hunderttausend Besuchern im Jahr gerechnet, jetzt haben sie zweihunderttausend Besucher. Man muss nicht immer ganz viel Geld haben und ganz viele Schlagworte finden, sondern intensiv an der Sache arbeiten.

*Ein anderes Thema: Was bedeutet eine freie Presse für die kulturelle Identität dieses Landes?*

Ich würde mir schon wünschen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Kulturauftrag stärker wahrnimmt. Bei der freien Presse bedroht der digitale Umbruch auch die kulturelle Vielfalt. Es ist eine große Frage, ob die öffentliche Hand darauf noch Einfluss nehmen kann oder die Chance nicht längst vorbei ist, wenn Amazon jetzt auch noch eine Zeitung kauft. Man kann nicht die F.A.Z. oder gar den Springer-Konzern direkt mit Geld fördern. Aber ich kann durch den gesetzlichen Rahmen, etwa bei der Künstlersozialversicherung oder im Urheberrecht, die Lage der freien Journalisten und der Künstler verbessern. Schließlich geht es um die Verantwortung des Einzelnen für seine Mediennutzung und Medienkompetenz. Darin liegt eine Herausforderung für kulturelle Bildung.

*Ist jemand wie Harald Welzer, mit dem Sie im Maxim-Gorki-Theater über solche Fragen diskutiert haben, der neue Typ Unterstützer, den Sie sich für Ihre Partei aus der Kulturszene wünschen?*

Es gibt eine ganze Reihe jüngerer Autoren, die sich zur SPD bekennen, wie Eva Menasse oder Steffen Kopetzky. Wobei die Zeiten, in denen sich Künstler stark in politischen Fragen engagiert haben, wohl auch vorbei sind. Das ist ein gesellschaftliches Phänomen. Wir sind nahe dran an den Künstlern mit unseren dreißig kontinuierlich aktiven regionalen SPD-Kulturforen. Günter Grass ist nicht der Einzige, auf den wir hören (*lacht*). Ich werde mit ihm nicht zusammenkommen auf meiner Wahlkampfreise. Grass hat einen würdigen Platz bei uns, in unserer Geschichte und der deutschen Literaturgeschichte, aber ich setze jetzt auf neue Leute. Uns geht es um die ökonomische Situation vieler Kulturschaffender. In dieser Branche wird ja auch Geld verdient. Die Mitglieder der Künstlersozialkasse haben im Durchschnitt aber nur vierzehntausend Euro Jahreseinkommen. Da müssen wir hinschauen.

*Deshalb kämpfen Sie für die „kulturelle Ausnahme“, den Schutz staatlicher Kultursubventionen und kultureller Inhalte innerhalb des Freihandelsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der EU?*

Die Ausnahmeregelung im Freihandelsabkommen ist eines meiner ganz großen Anliegen. Monika Grütters und Bernd Neumann haben sich ja auch in Ihrer Zeitung für die Ausnahmeregelung ausgesprochen. Aber das wirkt auf mich wie Nebelkerzen, die nicht zünden.

*Weil die Kanzlerin nicht mitzieht?*

Sie vertritt die Gegenposition, und zwar mit Philipp Rösler zusammen. Wenn wir im Freihandelsabkommen unsere kulturelle Vielfalt nicht schützen, ist das extrem gefährlich. Frau Merkel wünscht sich eine marktkonforme Demokratie. Ich bin für einen marktnahen Protektionismus, um uns weiter in die Lage zu versetzen, Dreipartentheater zu fördern, den öffentlichen Rundfunk zu fördern, Musikschulen zu unterstützen, deutsche Filme zu machen – das ist unsere Identität. Ich weiß inzwischen von Leuten, die in Brüssel bei den Verhandlungen sitzen, dass der amerikanische Präsident Obama den europäischen Kommissionspräsidenten Barroso auf die Kulturausnahme im Freihandelsabkommen angesprochen hat. Dieses Gespräch findet also auf allerhöchster Ebene statt. Und Bernd Neumann hat sich dabei im Kabinett überhaupt nicht durchsetzen können, Frau Merkel hat seine Argumente zur Seite gewischt. Damit öffnet sie den Weg, unsere Strukturen in der Kulturförderung aushöhlen zu lassen.

Die Fragen stellten **Andreas Kilb** und **Tobias Rütter**.

## Ein Booker für alle

Der Literaturpreis will sich gen Amerika öffnen

Die Nachricht, dass der Booker-Preis künftig auch amerikanische Autoren zulassen will, hat in Britannien noch vor ihrer offiziellen Verkündung starke Ablehnung gefunden. Die renommierteste Auszeichnung des britischen Buchbetriebs, die 1969 erstmals verliehen wurde, war bislang Autoren des Vereinigten Königreiches, Irlands und des Commonwealth einschließlichs des aus der Vereinigung ausgetretenen Simbabwe vorbehalten. Drei der sechs Schriftsteller auf der diesjährigen Shortlist – Jhumpa Lahiri, Ruth Ozeki und Noviolet Bulawayo – leben zwar in den Vereinigten Staaten, fallen aber durch Geburt oder Staatsangehörigkeit trotzdem unter die bisherige Richtlinie.

Es wird vermutet, dass die noch nicht bestätigte Entscheidung mit dem neuen Folio-Preis zusammenhängt, der sich als „erste große englischsprachige Auszeichnung für Schriftsteller aus aller Welt“ anpreist und im nächsten Jahr erstmals verliehen wird. Er ist von dem Agenten Andrew Kidd ins Leben gerufen worden, um mit „kompromissloser Güte“ der Trivialisierung entgegenzuwirken, die, so manche Kritiker, vom Booker-Preis gefördert werde. Mehrere britische Autoren, die sich gegen eine Freihandelsstrategie ausgesprochen haben, scheinen zu befürchten, dass die Amerikaner sie übertönen würden, und bevorzugt deswegen, einen kuriosen Mangel an Selbstvertrauen darlegend, einen geschlossenen Markt.

Der Booker-Preis werde seine Besonderheit verlieren, bemängelten sie, es sei wie die Übernahme eines britischen Unternehmens durch ein internationales Konglomerat. Jim Crace, der einzige Brite auf der aktuellen Shortlist, argumentierte, dass Preise einen eigenen Charakter besitzen sollten und dass dieser mitunter durch Einschränkungen definiert werde. Andere wandten ein, der Booker-Preis solle sich erst dann den Amerikanern öffnen, wenn diese Ausländer zuließen zu ihren prestigevollsten Auszeichnungen, den Pulitzer-Preis und den National Book Award. Kazuo Ishiguro, der 1989 für „Was vom Tage übrig blieb“ den Booker-Preis erhielt, fiel mit seiner Unterstützung für die Erweiterung aus der Reihe. Es mache keinen Sinn mehr, die schreibende Welt aufzuteilen, meinte Ishiguro. Er sieht keinen Anlass für die Sorge, dass britische Autoren nicht zum Zuge kommen würden und wenn es so wäre, müssten sie sich fragen: warum. G.T.

## Simpel und gut

Haus des Jahres ausgezeichnet

Das Büro HHF Architekten ist der Gewinner des Wettbewerbs Häuser des Jahres 2013. Das Basler Büro sicherte sich den mit 10 000 Euro dotierten ersten Preis mit dem Haus über der Landschaft in Nuglar. Das Besondere dabei ist die radikale Zonierung des von außen zunächst simpel wirkenden zweigeschossigen Giebeldachhauses in oberen Schlafbereich, mittleren Wohnbereich und den im Keller liegenden Funktionsbereich. Die besten neun Arbeiten des Wettbewerbs präsentiert das Deutsche Architekturmuseum vom 6. bis 29. September in einer Ausstellung, die besten 50 Arbeiten aus den 220 Einsendungen dokumentiert das gleichnamige Buch von Hubertus Adam und Wolfgang Bachmann. F.A.Z.

## Der falsche Inder

Nelly-Sachs-Preis für Abbas Khider

Abbas Khider erhält den mit 15 000 Euro dotierten Nelly-Sachs-Preis der Stadt Dortmund 2013. Der 1973 in Bagdad geborene Autor, der seit 2000 in Deutschland lebt, schildere exemplarische Schicksale unserer zerrissenen Gegenwart“, wie es in der Begründung der Jury heißt. Mit Romanen wie seinem Debüt „Der falsche Inder“ setze er ein „beeindruckendes Zeichen gegen Diktatur und Repression und für Humanität, Toleranz und Verständigung“. Der Preis wird am 15. Dezember 2013 im Dortmunder Rathaus verliehen. Die Laudatio hält Hubert Spiegel, Feuilletonredakteur dieser Zeitung. F.A.Z.

## Spanisches Weltkino

Ehrung für Pedro Almodóvar

Für seinen Beitrag zum Weltkino ehrt die Jury des Europäischen Filmpreises den spanischen Regisseur Pedro Almodóvar. Der dreiuundsechzig Jahre alte Almodóvar habe mit seinen Filmen nicht nur das spanische Kino, sondern auch die Wahrnehmung des europäischen Kinos ganz entscheidend mitgeprägt, teilten die Veranstalter am Montag in Berlin mit. Der Regisseur von Filmen wie „Frauen am Rande des Nervenzusammenbruchs“, „Volver“, „Zerrissene Umarmungen“ und „Die Haut, in der ich wohne“ wird den Preis als Ehrengast bei der Verleihung des Europäischen Filmpreises am 7. Dezember in Berlin entgegennehmen. dpa/F.A.Z.